

Beratungsstelle Extremismus

Seit Anfang Dezember 2014 besteht im Bundesministerium für Familie und Jugend die „Beratungsstelle Extremismus“ und die Hotline 0800/202044.

Die „Beratungsstelle Extremismus“ und die Präventionshotline 0800/202044 seien „ganz entscheidende Bausteine im Kampf gegen den Extremismus in Österreich“, sagte Familien- und Jugendministerin Dr. Sophie Karmasin bei der Vorstellung der neuen Einrichtung am 1. Dezember 2014 in Wien.

Die Beratungsstelle richtet sich an das soziale Umfeld der Betroffenen, wie Familie, Arbeits- oder Schulkollegen, Lehrer, Vorgesetzte, Freunde. Angeboten werden Beratung und Prävention, aber auch Intervention im Krisenfall. „Denn das soziale Umfeld der Betroffenen bemerkt in aller Regel am schnellsten, wenn plötzlich jemand seine religiöse Haltung oder seine gesamte Weltanschauung ändert, sich zunehmend von seinem bisherigen Umfeld, seiner Vergangenheit ab- und einem radikalen Spektrum zuwendet und sich vermehrt von Ideologien leiten lässt, die mit den Grundsätzen eines demokratischen Rechtsstaats nicht in Einklang zu bringen sind“, betonte Karmasin.

Fünfsprachiges Beratungsteam. Ein Team mit Beratungserfahrung wird in der Beratungsstelle in fünf Sprachen (Deutsch, Türkisch, Englisch, Arabisch und Persisch) die erste Anlaufstelle für Hilfesuchende sein. Neben der Hotline 0800/202044 besteht die Beratungsstelle aus einem mobilen Team, deren Mitarbeiter für Kriseninterventionen ausgebildet sind.

Die 395 Familienberatungsstellen in Österreich und die „Offene Jugendarbeit“ werden in die Arbeit der Beratungsstelle einbezogen. Die Beratung erfolgt anonym und kostenlos. Persönliche Daten werden nur bei Gefahr in Verzug und durch ausdrückliche Zustimmung an die polizeilichen Behörden weitergegeben.



Vorstellung der „Beratungsstelle Extremismus“: Johanna Mikl-Leitner, Sophie Karmasin, mit den Regierungskollegen Gabriele Heinisch-Hosek und Sebastian Kurz.

Prävention und Information. Das Bundesministerium für Inneres unterstützt die Beratungsstelle. „Die Prävention spielt im Kampf gegen den Extremismus eine zentrale Rolle“, sagte Innenministerin Mag.^a Johanna Mikl-Leitner. „Mit der Beratungsstelle Extremismus haben wir einen wichtigen Schritt gesetzt.“ Österreichweit seien 46 Kontaktbeamte unterwiesen worden, an die sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beratungsstelle wenden können, wenn es Handlungsbedarf seitens des Verfassungsschutzes bzw. der Polizei gebe.

Im Bundesministerium für Bildung und Frauen steht die Präventions- und Informationsarbeit im Vordergrund. „Aufgabe der Schule ist es, entsprechendes Wissen zu vermitteln und die Identität von Kindern und Jugendlichen so zu stärken, dass sie als selbstbewusste Menschen an einer demokratischen, modernen Gesellschaft mitwirken können“, sagte Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek. „Schülerinnen und Schüler, die mit destruktiven Ideologien und Einstellungen wie Rechtsextremismus, Islamismus oder Antisemitismus in Kontakt kommen, stellen eine große Herausforderung für viele Lehrkräfte dar“, betonte Gabriele

Heinisch-Hosek. Deshalb müsse „allen extremistischen Tendenzen entschlossen entgegengetreten“ werden. Das geschehe laufend und langfristig durch pädagogische Präventionsarbeit. Dazu gehörten interkulturelles Lernen, Gewaltprävention, Kulturprojekte sowie Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte an den Pädagogischen Hochschulen, ebenso Schulprojekte und Workshops zur Demokratievermittlung, zu Menschenrechten und zu Kinderrechten. Es würden auch Schulprojekte gegen Extremismus weiterentwickelt. Ein Folder zum Thema „Jugend und Extremismus“ mit Webtipps und Beratung wurde an alle 6.000 Schulen versendet.

„Todernstes Problem“. Außen- und Integrationsminister Sebastian Kurz verwies auf die Maßnahmen, die auf nationaler und internationaler Ebene gesetzt wurden. So sei Österreich im September der internationalen Allianz gegen den IS-Terror beigetreten. Auf europäischer Ebene sei die Erarbeitung eines Maßnahmenpakets gegen „Foreign Terrorist-Fighters“ vorangetrieben worden. In Österreich werde vom Integrationsministerium mit der *Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGIÖ)* und anderen Organisationen eine Informationsoffensive gestartet. In einem Islam-Infolder verteidigen österreichische Musliminnen und Muslime die Grundwerte des Islams gegen jegliche Art von radikaler Vereinnahmung. Der Missbrauch des Islams durch den IS-Terror werde durch angeführte religiöse Quellen angeprangert. „Dschihadismus ist kein Spiel, sondern ein todernstes Problem. Durch umfassende Aufklärungs- und Informationsarbeit wird klargestellt, dass das, was wir im Irak und in Syrien an IS-Gräueltaten erleben, nichts mit dem Islam zu tun hat“, sagte Kurz.